

- [SEND EMAIL FOR CRITICISM, QUESTIONS AND INFORMATIONS](#) (click and start the mailing)
-

[startpage](#)

trend

onlinezeitung für die alltägliche wut



[1/31/96](#)

Short notice for international guests:

We're located in Berlin, therefore most of our pages are in German, but our hints for using the pages are in English and also the abstracts.

- [ABOUT US AND OUR SUBJECTS](#) (click for a visit)
-

Ausgabe vom 31.1.1996

DER NEUE TREND IM INTERNET

internetadresse:

<http://ourworld.compuserve.com:80/homepages/trend/>

zur Information

printed version

EMAIL:

0302172504-1@t-online.de und

101363.3652@compuserve.com

about us and our subjects



There are many trends, but THE NEW TREND is unique. It was born into cyberspace because the old TREND wrecked the nerves of Berlin-Kreuzberg's "left"-leaning teacher's union(GEW) too much. The union took the chance in summer 95, blamed the editors of misconduct, and simply buried the whole paper. Topics like the new German nationalism, racism, the relationship with the school board, the own behavior towards students etc. functioned like a mirror, in which the union representatives saw themselves reflected. Now, the former TREND producers are liberated from the restrictions of official union politics and thus feel free to analyze the situation they have to work and live in, without having to consider possible sensitivities of their colleagues, who usually adhere to their status of being state officials first, before they think or act as union members.



Trends gibt es viele. DER NEUE TREND jedoch ist einzigartig. Er erblickte das licht der (cyber-)welt, weil der GEW-Berlin/Kreuzberg (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) der alte TREND, der 11 jahre lang im bezirk erschien, politisch auf die nerven ging und ihn deshalb im sommer 95 nach großem streit mit der redaktion begrub. Themen wie neudeutscher nationalismus und rassismus, das verhältnis zum dienstherren, das verhalten der eigenen klientel gegenüber eltern und schülerInnen etc. fungierten wie ein spiegel, in dem sich ihre repräsentanten wiedererkannten. Die ehemaligen TREND-macher fühlen sich nunmehr von den restriktionen offizieller gewerkschaftspolitik entbunden und können sich daher jetzt der freien analyse ihrer gesellschaftlichen umwelt, ohne rücksicht auf etwaige empfindlichkeiten einer zumeist beamteten klientel, widmen.

we`re under construction, we`ll start on the 1.3.96!!!

...but look for news on the next pages!

ATTENTION!

- *All download files on the following pages are ascii-texts or images in gif-format and zipped by "pkzip.exe" for quick download. If you click the button for download file and you are using "netscape" or "mosaic" as browser you`ll get an error message and the question for saving this file onto your computer. Click "ok" on your window and the download will start.*
-

- [SURVEY OF CONTENTS: NEWS AND PAGES >CLICK HERE<](#)

- [BACK TO STARTPAGE >CLICK HERE<](#)
-

survey of trend subjects and chronology of construction

new

the following pages are new

- [PANORAMA >CLICK HERE<](#)
 - [ARCHIVES >CLICK HERE<](#)
 - [OUTSITES >CLICK HERE<](#)
 - [BASKET IN >CLICK HERE<](#)
-

trend construction chronology

18.1.1996

trendhomepage im internet plaziert

20.1.1996

trendstartseiten optisch überarbeitet

22.1.1996

trendtestseite eingerichtet

24.1.1996

trendredaktionskonferenz beschließt folgende rubriken einzurichten:

1. PANORAMA (lokale nachrichten aus politik, wirtschaft und kultur)
2. POLITICAL CORRECTNESS (personen, skandale, hintergründe)
3. CULTURE CLUB (leben, feiern und arbeiten im kapitalismus)
4. LINKSKURVE (trendtheorieseiten)
5. ARCHIVES (dokumente, themenbezogene literaturlisten etc.)
6. BASKET IN (mal sehn, was da so an email reinkommt)
7. OUTSITES (schnelles surfen zu politisch wichtigen sites)

31.1.1996

bilinguale benutzerInnenführung installiert

downloadtest beendet und seite gelöscht

panorama, archives, outsites und basket in publiziert

- [BACK TO HINTS >CLICK HERE<](#)

panorama



trend local news

● [SEND US INFORMATIONS BY EMAIL TO BE PUBLISHED HERE!](#)

solidarity with MUMIA ABU JAMAL

● [>JUMP TO MUMIA'S PAGE - CLICK HERE](#)

solidarity with BENJAMIN RAMOS VEGA

+++ Benjamin, katalane aus Barcelona, sitzt seit einem jahr in Berlin-Moabit in auslieferungshaft, aufgrund einer durch folter erpreßten aussage verlangt der spanische staat seine auslieferung, angeblich soll er für die ETA eine wohnung angemietet haben - obwohl er aidskrank ist, trat er im dezember bis zum 12.1.96 in einen hungerstreik, um damit gegen seine inhaftierung und drohende abschiebung zu demonstrieren +++

● [DOWNLOAD HIS DECLARATION HERE \(1,8k\)](#)

info 9 erschienen

+++ das info 9 zum prozeß gegen Birgit Hogefeld ist im januar erschienen, incl. prozeßbericht, Birgits erklärung vom 5.12.95, beiträge aus der soliveranstaltung vom 14.11.95 usw., hrsg.: InfoAG zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden +++

demo-aufruf der edelweißpiraten

+++ am 10.2.95 überfielen faschos eine alternative WG in Haldensleben, die bewohnerinnen wurden schwer verletzt, die täter erhielten milde strafen, die edelweißpiraten organisieren für den 10.2.96 einen gedenkmarsch um 15.00 ab bhf Haldensleben, danach ein konzert in Hundisburg +++

erklärung

+++ auf der traditionellen Liebknecht/Luxemburg-demo am 14.1.96, an der 100.000 menschen teilnahmen, griff die polizei den revolutionären antifablock an, 6 demoteilnehmerInnen werden landfriedensbruch, körperverletzung und gefangenensbefreiung vorgeworfen +++

● [DOWNLOAD THEIR DECLARATION HERE \(3,8k\)](#)

knast 1995

+++ in der BRD waren 1995 insgesamt 67.797 im knast, fast alles männer, davon 20.616 in u-haft, 40.128 in strafhaft, 4.738 in jugendstrafhaft, 172 in sicherungsverwahrung, 2.139 in abschiebehaft, 4 in strafhaft bei der bundeswehr +++

veröffentlichung von radikal-texten in vorbereitung

+++ für februar 1996 ist die herausgabe von texten der zeitschrift radikal geplant, es handelt sich um eine dokumentation der texte, die von der bundesanwaltschaft kriminalisiert worden waren +++

● [THE EDITOR'S LIST AND THEIR DECLARATION CAN BE DOWNLOADED HERE \(1,9k\)](#)

READING radikal GO TO OUR OUTSITES PAGE

grüne standhaftigkeit

+++ obwohl die Grünen in Berlin-Kreuzberg mit Erika Romberg bundesweit das beste wahlresultat einführen, das je von ihnen erzielt wurde, und sie daher den bürgermeister stellen, zogen sie Romberg als kandidatin zurück, weil CDU und SPD mauerten +++

+++ erst hatten die Grünen mit der PDS ausgemacht, deren kandidatin zur bürgermeisterin von Berlin-Mitte zu wählen, nachdem die PDS zugesichert hatte, alle grünen programm-punkte zu erfüllen, dann wählten im januar 1996 die Grünen den CDU-politiker Zeller zum bürgermeister im, der erklärt hatte, er werde keine der grünen forderungen umsetzen +++

+++ nachdem die PDS im berliner abgeordnetenhaus im dezember einen antrag auf auflösung des landeschulamtes eingebracht hatte, zogen die grünen im januar 96 mit einem änderungsantrag nach - entgegen ihrem wahlprogramm fordern sie nun nicht mehr die auflösung des LSA, sondern dessen reform, ihre parteigänger in der führung der berliner GEW propagieren dies trotz anderslautender beschlußlage als richtigen schritt +++

last news from the information highways

+++ nachdem compuserve "sexbretter" im internet auf druck der staatsanwaltschaft in deutschland im dezember 1995 zensiert hatte, sperrte die bundesdeutsche telekom am 25.1.96 den internetzugang zu den faschistischen "zündelsites"+++

+++ in der BRD ist nun seitens des staates geplant, von providern unter strafandrohung zukünftig zu verlangen, politische zensur auszuüben +++

+++ die faschistische British National Party (BNP) hat sich ins internet eingeklinkt, auf ihren pages werden rassistische und nationalistische artikel publiziert, BNP ist eine abspaltung von der britischen National Front. BNP nimmt an internationalen Faschotreffen wie z.B. am 20.11.95 in Madrid an der Franco-gedenkfeier teil +++

+++ nachdem Leuthäusser-Schnarrenberger (FDP) ihren stuhl als bundesministerin angeblich räumen mußte, weil sie gegen lauschangriffe war, wurde nun bekannt, daß sie es war, die die reform des telekommunikationsgesetzes durch änderung des §92a forciert hatte - so bekommen die deutschen geheimdienste BND und MAD einen direkten und legalen zugriff aufs internet und andere netze +++

READING MORE ABOUT §92a GO TO OUR OUTSITES PAGE TO THE FIFF-BUTTON

end of page

Die trend-online-redaktion sucht mitarbeiterInnen,

die uns mit informationen aus der berliner region regelmäßig für die rubrik *panorama* versorgen

die uns artikel zur verbreitung in der rubrik *linkskurve* schreiben

die uns *veranstaltungstips* zur veröffentlichung rüberreichen

die wichtige dokumente für das *archiv* zur verfügung stellen

Wir sind telefonisch zu erreichen unter: 030 - 215 91 08

Die nächste redaktionssitzung findet am
19.2.1996 statt.

trendarchiv

new

list of archives

first published 1/31/96

1. RAG.ZIP

Ein artikel über die trend-redaktion, der ein bißchen die funktion hat, uns euch vorzustellen. Er stammt aus dem "Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen (RAG) 15" vom Dezember 1995 und schildert unsere geschichte vor der herausgabe des trend als onlinezeitung.

This article reports the troubles we had with the teachers union after publishing an anti-racist declaration against a school inspector in the old (printed) trend in 1995. This article characterizes our political positions and helps our guests to get to know us. It was written by an anti-facist an anti-racist youth-group of the Berlin trade unions in december of last year.

● [FOR DOWNLOAD RAG.ZIP \(4,9k\) >CLICK HERE<](#)

2. BANDEN.ZIP

Dieser artikel aus dem trend 2/90 versucht, den zusammenschluß von türkischen jugendlichen in deutschland aus ihren lebensverhältnissen zu erklären und stellt sich damit gegen deren kriminalisierung als banden. Die damals gestellten prognosen sind (leider) eingetreten. Der text ist also so aktuell wie zuvor.

This article of trend 2/90 tries to explain why turkish youngsters join together by reflecting their social situation in Germany. It stands against their criminalisation as gangs. Our predictions have been (unfortunately) fulfilled. The article didn't loose its actuality.

● [FOR DOWNLOAD BANDEN.ZIP \(2,9\) >CLICK HERE<](#)

● [BACK TO SURVEY >CLICK HERE<](#)

new

trendpostseite



basket in

Janni send us the following email from Granada:

Gratuliere!

Hallo, hab gleich mal in Eure Zeitung geschaut. Voll im Trend! Ihr seid ja wirklich eine rührige Truppe; baut gleich eine ganze Zeitung zusammen, während sich unsereiner nur auf der Skipiste aktiv betätigt. Auf jeden Fall wünsche ich Euch viel Erfolg, reichlich Feedback und viel Spaß. Bis bald

- [BACK TO SURVEY >CLICK HERE<](#)
 - [BACK TO PANORAMA >CLICK HERE<](#)
-

solidarity page for Mumia Abu Jamal



Mumia Abu Jamal ist der derzeit bekannteste gefangene in den todeszellen der USA. Seit dem 9.12.1981 befindet er sich in haft. Er wurde 1982 nach einem offensichtlich manipulierten schnellverfahren zum tode verurteilt. Grund: in einem dem fall Rodney Kings vergleichbaren polizeikontrolle war sein bruder mißhandelt worden. Er wollte ihm zu hilfe eilen. Am ende lag Jamal mit einem lungendurchschuß im rinnstein, ein polizist lag tot auf der straße. Obwohl zeugen aussagten, der schütze sei davongerannt, und obwohl nie eine tatwaffe auftauchte, wurde Jamal sofort nach diesen ereignissen öffentlich zum "polizistenmörder" erklärt. Die urteilsbegründung und die einlassungen der staatsanwaltschaft machten deutlich, was die justiz ihm tatsächlich vorwarf: sein entschiedenes und parteciergreifendes engagement gegen rassismus und politische unterdrückung waren rechten politikern, richtern und polizisten ein dorn im auge. Egal ob er als jugendlicher der Black Panther Party beitrug, sich später als radiojournalist für politische und soziale veränderungen in den schwarzen und hispanischen ghettos einsetzte oder die repression gegen die MOVE-organisation öffentlich kritisierte, immer schon hatte die staatsgewalt ihn im visier und erreichte schließlich, daß er in einem verfahren ohne wirkliche verteidigung zum tode verurteilt wurde. Seit 1989 wird er bei seinem bemühen, die wiederaufnahme seines verfahrens zu erreichen, auch in der BRD unterstützt. Es waren Jamals widerstandsgeist, die internationale kampagne und sein engagiertes verteidigungsteam, die im august '95 gemeinsam erreichten, daß der hinrichtungsbefehl ausgesetzt wurde. Jetzt geht es darum, seine freiheit in einem neuen prozeß endgültig zu garantieren!

HERE IS OUR HOTLINK TO A PAGE WHICH CONTAINS 40 LINKS FOR INFORMATION ABOUT MUMIA ABU JAMAL!

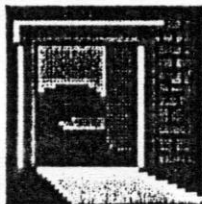
this is a service by the "Wissenschaftsladen Dortmund"

- [>CLICK HERE FOR JUMPING<](#)

ATTENTION! IF YOU CLICK YOU WILL LEAVE THE TREND! COME BACK SOON!

new

OUTSITES



select & click & surf

ATTENTION! IF YOU CLICK ONE BUTTON YOU WILL LEAVE THE TREND!
COME BACK SOON!

- [Feminist Activist Resources on the Net](#) is a very good worldwide survey.
- [Movements and Theories](#), this Australian page contains links about anarchism, marxism, peace, women's movement and unions worldwide
- [die tageszeitung \(taz\)](#) is a newspaper which works as a voice for the social interests of the new middle classes in Germany.
- [The THING Berlin](#) is a bundle of international pages for culture and web design with its starting point in Berlin, here you can also find the first German feminist homepage in the WWW called BLAU.
- [Ejército Zapatista de Liberación Nacional \(EZLN\)](#), these pages are dedicated to the women und men of the EZLN in Mexico and to the memory of Emiliano Zapata.
- [radikal](#) is a left wing German periodical, which is chased for years by german police and secret services - read it in the WWW and build your own opinion about it!
- [Little Red Web Page](#) is a jumpstation to worldwide left, peace an other progressive pages.
- [glasnost](#) here you can find the "balkan-news" and other informative resources especially about Russia and Eastern Europe.
- [The Marxism List](#) contains marxist archives fully filled and a lot of files for downloading.
- [Antifa-WWW-Sites](#) is a German jumpstation for antifa-sites of the WWW, made by a German section of the international anarchist movement.
- [Progressive People Links](#) is a starting point in the WWW if you search for pages of women's and labour organisations
- [Industrial Workers of the World / IWW](#), on these pages you can get a worldwide survey about class struggles, reported and interpreted by the "wobblies".
- [Die Hochschulecke der Sofapolitik](#) is a very good sorted jumpstation onto German political sites in the WWW.
- [ASta FU zu Hause](#), this homepage gives you an impression of current student problems, especially in Berlin. From there you can surf to other student pages of the universities in Berlin.
- [Internationale Gewerkschaftsbewegung via IG Medien](#), here you will find links to labour organisations around the world.
- [FitF / Forum InformatikerInnen für Frieden und gesell. Verantwortung](#), this group watches restrictive developments in the German part of the WWW.

- deutsche datenquellen is an encyclopedical survey on various datas in German and English.

Wer an englischsprachigen theoriendebatten (über Foucault, Kritische Theorie, Habermas, Lyotard, Nietzsche, Heidegger usw.usf.) interessiert ist, sollte mal richtung USA surfen. Dazu den nächsten button klicken.

- THEORIEDEBATTE-BUTTON

Allgemeine Suchdienste:

- YAHOO

Wenn die suche mit "yahoo" wenig erfolg bringt, wird empfohlen, von dort aus LYCOS als weiteren suchdienst zu wählen!

- DINO - deutschsprachige Seiten im WWW
- deutschsprachiges Internet (web.de)

Downloads in der trendausgabe vom 31.1.96

aus: Interim 360 v. 25.1.96
**ERKLÄRUNG VON
BENJAMIN RAMOS VEGA
ZUM ABRUCH SEINES
HUNGERSTREIKS**
Berlin, den 12.1.96

Heute nachmittag breche ich den Hungerstreik ab, da ich die Klage der Anwälte akzeptiere und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwarten will (1). Diese 14 Tage waren aufgrund der Kälte, meines geringen Gewichts und meiner geschwächten Gesundheit sehr hart, aber die Gefühle, die soviel Solidarität von hier und anderswo (Katalonien...) in mir ausgelöst haben, haben mir geholfen, unbeugsam und meiner selbst sicher zu bleiben. Ich kann nicht aushören, daran zu denken, was mich im monarchistischen spanischen Staat erwartet, wo die Strategen und Baumeister des Terrors die gefangenen Genossinnen und Genossen unmenschlichen Bedingungen unterwerfen und nicht einmal ihre eigenen Gesetze beachten, wenn es gegen die Opposition geht. Es sind die Faschisten, diese spanischen Nationalisten, die mitansehen mußten, wie ihre heiligen, unantastbaren Grenzen in den letzten 98 Jahren verändert wurden (Kuba, Puerto Rico, Marokko, Guinea, Sahara) (2), die zusammen mit ihren Kollaborateuren den terror, die Folter, und das langandauernde Leiden zur Verfügung haben und benutzen, immer auf der Suche nach den grenzen der menschlichen Existenz. In dieser größtmöglichen Schutzlosigkeit, in der sich die politischen Gefangenen befinden, verstreut über das ganze monarchistische Staatsgebiet und weit entfernt von ihrer

Heimat Euskal Herria (3), sehen sie sich unzählige Male gezwungen, lange und schmerzhaft Hungerstreiks zu machen, während derer sie auch noch beständig mißhandelt und beleidigt werden, damit überhaupt die Gesetze der spanischen Nationalisten angewendet werden.... Ich denke an Teneriffa, Salto el Negro, Sevilla etc. (4). Wenn ich die Kampagne der Angehörigen sehe, mit dem unbefristeten Hungerstreik für die Wiederauslieferung aller baskischen Gefangenen in ihrer Heimat, für die Amnestie und die Freiheit von Euskal Herria (5), kann ich die große Freude verspüren, die es bedeutet, unter Menschen zu sein, die ihre Würde nicht verloren haben. Das ist ein gutes Zeichen dafür, daß Euskal Herria sehr lebendig ist und die nationale Souveränität Realität wird. Ich schicke meine immense Umarmung allen Müttern, Vätern, Genossinnen und Genossen, die ohne jemals nachzulassen, soviel geben. Für immer Euskal Herria Askatu - Freiheit für das Baskenland!
Benjamin Ramos Vega

Anmerkungen: 1) Die Anwältilnen von Benjamin Ramos Vega haben gegen den Beschluß des Berliner Kammergerichts vom 27.12.1995, mit dem seine Auslieferung für „rechtlich zulässig“ erklärt wurde, Verfassungsbeschwerde eingereicht. 2) Ehemalige spanische Kolonien, die der spanische Staat durch Kriegsverluste oder Befreiungskämpfe verloren hat. 3) Seit 1987 sind die 550 politischen baskischen Gefangenen auf über 90 Gefängnisse des gesamten Staatsgebietes außer dem Baskenland aufgeteilt. 4) Haftorte baskischer politischer Gefangener, die besonders weit vom Baskenland entfernt sind (z.B.: Teneriffa 3000km). 5) Seit dem 15.1.95 führen die Angehörigen der baskischen politischen Gefangenen eine unbefristete

Hungerstreikkette durch, die sie bis zur Wiederauslieferung der Gefangenen im Baskenland aufrechterhalten wollen.

**Erklärung der InitiatorInnen
des revolutionären
antifaschistischen Blocks
zum Polizeiiüberfall auf,
die diesjährige Lieb-
knecht/Luxemburg-
Demonstration und
Kundgebung am 14. Januar
1996**

Unter dem Motto Gegen Faschismus, Militarismus und Klassenjustiz - die Anti-faschistische Aktion haben wir uns mit einer Veranstaltung und einem Demonstrationsblock an den diesjährigen I.L.L.-Feierlichkeiten beteiligt. Das traditionelle Gedenken an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und auch Lenin ist für uns keine nostalgische Reminiszenz an her-vorragende RevolutionärInnen bewegter Vergangenheit, sondern lebendiger Bestandteil traditionsbewußter, revolutionärer Politik gegen den deutschen Imperialismus. Die Aufführung eines Agitprop-Theaterstückes der Göttinger Antifa(M), das sich unter anderem gegen die groß-angelegte Kriminalisierung ihrer Politik durch den Staatsapparat richtet, auf der mit rund 80 TeilnehmerInnen besuchten Veranstaltung am 13. Januar, zeigte auch die Aktualität der staatlichen Repression gegen antifaschistische, antimilitaristische und revolutionäre Kräfte in der BRD. Eine Repression, der historisch auch die, auf SPD-Befehl durch Freikorps ermordeten KPD-Mitbegründer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Opfer fielen. Die Aufführung

dieses Agitprop-Theaterstückes auf der Kundgebung am 14. Januar wurde durch den Polizeiberfall verhindert. Die von Jahr zu Jahr steigende Beteiligung an der Lenin/Liebknecht/Luxemburg-Gedenkfeier am Friedhof in Friedrichsfelde, die mit 100.000 Menschen dieses Jahr einen Höhepunkt erreichte, ist für die Herrschenden ein Dorn im Auge. Auch mit der Hauptstadt- und Regierungssitz-Perspektive im Blick, versuchte der Staatsapparat dieses Jahr durch einen generalstabsmäßig vorbereiteten und durchgeführten Polizeiberfall auf die friedliche Kundgebung von fortschrittlichen Menschen allen Alters und verschiedenster Nationalität, diese lebendige sozialistische Manifestation zu spalten und zu zerschlagen. Der unerwartete massive Polizeiaufmarsch, die ständigen Polizeibergriffe auf die 8.000 Menschen große Demonstration vom Leninplatz / Platz der Vereinten Nationen und der abschließende frontale Angriff auf die gesamte Kundgebung, gingen einher mit einer Totschweige und Diffamierungspolitik der Medien. Während im Fernsehen fast ausschließlich Bilder von der morgentlichen Kranzniederlegung der PDS-Führung zu sehen waren, und die 100.000 TeilnehmerInnen der Manifestation ganz einfach zum Fußvolk der Gysi, Bisky und Marquardt erklärt wurden, waren sich Zeitungen wie Welt und BZ nicht zu blöd, die Zahl der TeilnehmerInnen auf fünf- bis zehntausend herunterzulügen. Der Polizeiberfall wurde zu einer Auseinandersetzung zwischen „steinewerfenden Chaoten“ und angegriffenen Polizisten verdreht. Das Neue Deutschland schrieb von „Schlägereien mit der Polizei“ und die taz titelte ihren Bericht in bekannt flapsig-hetzerischer Art mit: „Nelken, Bratwurst und zum ersten Mal Randal“. Da der mediale Versuch die alljährliche Demonstration und Kundgebung vor den Gräbern von Karl und Rosa als Veranstaltung überalterter DDR-Nostalgiker im Schlepptau der PDS zu präsentieren und abzuhalten, durch die Realität der ständig steigenden Beteiligung vor allem junger Menschen scheiterte, ließen die Herrschenden die geballte Macht des Staatsapparates auftreten. Mit dem brutalen Polizeiberfall, bei dem wahllos auch ältere Menschen überrannt, RollstuhlfahrerInnen zusammengeschlagen und Informationsstände zerstört wurden, lieferte der BRD-Staatsapparat ein Musterbeispiel dafür, wie es mit der „Meinungs- und Demonstrationsfreiheit“ bestellt ist, über die er sich nach den Festnahmen am 17. Januar 1988 in Ostberlin so lautstark wie heuchlerisch beklagte. Die Brutalität des diesjährigen Polizeieinsatzes für BRD-Ruhe und

(Friedhofs-)Ordnung stellt den Stasi-Einsatz der um ihre Allmacht bangenden DDR-Herrscher vor acht Jahren jedoch weit in den Schatten. Das eindrucksvolle (Gedanken) für eine sozialistische Alternative zur krisenhaften und für immer mehr Menschen perspektivlosen BRD-Realität soll damit zerstört werden. Daß der Staatsapparat den erstmaligen Versuch eines organisierten Auftretens revolutionärer AntifaschistInnen zum Anlaß und das Zeigen einer ERNK-Fahne zum Vorwand nahm, zeigt beispielhaft ihre Angst vor einer linken Politik, die praktisches Handeln gegen die faschistische Gefahr, die neue Qualität der Kriegseinsätze des BRD-Imperialismus und die staatliche Repression mit dem Gedanken an den Kampf kommunistischer RevolutionärInnen verbindet. Die bemerkenswerte Solidarität, mit der die TeilnehmerInnen diesem Polizeiberfall entgegentraten und schlimmeres verhindern, gibt demgegenüber eine Vorahnung, welche Stärke durch einheitliches und konsequentes Handeln erreicht werden kann. In diesem Zusammenhang muß der konkrete Versuch des PDS-Parteivorstandes, sich in vorausseilendem Gehorsam als staatsreuer Ruhe- und Ordnungsfaktor darzustellen und für ein inhaltsleeres und für die Herrschenden akzeptables „stilles Gedenken“ an Liebknecht und Luxemburg zu sorgen, auf das entscheidend zurückgewiesen werden. Die verlogene Presseerklärung des PDS-Parteivorstandes vom 14. Januar, die den Polizeiberfall in eine „Auseinandersetzung zwischen der Polizei und verschiedenen Gruppen“ umdehnt und sich gleichermaßen gegen die staatliche Kriminalisierung der traditionellen Veranstaltung, wie auch ihren angeblichen „Mißbrauch“ durch revolutionäre TeilnehmerInnen richtet, dient nur der staatlichen Spaltungspolitik, die zukünftig jegliches angemessene Gedenken an Rosa und Karl zerschlagen will. Die Erklärung der PDS-Landesvorsitzenden Petra Pau in einem Junge Welt-Interview am 18. Januar, die alljährliche Demonstration für Karl und Rosa sei eine „Demonstration gegen Gewalt“, stellt eine Verhöhnung des Gedankens nicht nur an die Revolutionärin Rosa Luxemburg dar, die kurz vor ihrer Ermordung und anläßlich der Niederwerfung der bewaffneten ArbeiterInnen durch den weißen Terror im Januar 1919 schrieb: „Ordnung herrscht in Berlin! Ihr stumpfen Schergen! Eure „Ordnung“ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon rasselnd wieder in die Höhe richten und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: ich war, ich bin, ich werde sein!“ Genauso, wie

wir uns noch besser und umfangreicher an den hoffentlich immer größer werdenden Feierlichkeiten für Lenin/Liebknecht/Luxemburg in den nächsten Jahren beteiligen werden, fordern wir eine umfassende Aufklärung des diesjährigen Polizeiberfalls. Dazu rufen wir alle auf, die am 14. Januar Fotos oder Videoaufnahmen gemacht haben und mit Gedächtnisprotokollen zur Aufklärung der Ereignisse beitragen können, diese dem Nachbereitungskreis c/o Nachladen, Waldemarstraße 36, 10999 Berlin (Öffnungszeiten: Mittwoch und Freitag 16 bis 20 Uhr, Telefax: 6157329) zur Verfügung zu stellen. Neben einer umfangreichen Dokumentation der Ereignisse wollen wir damit auch eine Solidaritätsarbeit mit den am 14. Januar von der Polizei festgenommenen und u.a. wegen Landfriedensbruch, Widerstand und versuchter Gefangenbefreiung angeschuldigten AntifaschistInnen durchführen.

Nichts ist vergessen, nichts wird vergeben! Für eine einheitliche und kraftvolle revolutionäre Ehrung von Lenin, Liebknecht und Luxemburg! Rotfront! Berlin, d. 21. Januar 1996

Erklärung der Herausgeberinnen und Herausgeber:

„Die Bundesanwaltschaft hat am 13. Juni 1995 mittels mehrerer Hundertschaften Polizei die Wohnungen und Räume von mehr als 50 Personen und Institutionen im gesamten Bundesgebiet durchsucht. Ziel der Razzia waren die unbekanntenen HerausgeberInnen der Zeitschrift radikal, deren weiteres Erscheinen verhindert werden soll. Wir wehren uns gegen diese Form staatlicher Zensur per Polizei und Paragraphen. Unabhängig davon, ob wir den Inhalt der Zeitschrift gutheißen oder ablehnen, wenden wir uns entschieden gegen den -wiederholten- Versuch, eine mißliebige Publikation zum Schweigen zu bringen. Man muß die in der radikal vertretenen Inhalte nicht teilen, um ihr Recht auf Erscheinen dennoch zu bejahen. Die radikal ist aus der Geschichte der außer-parlamentarischen Linke entstanden und ist immer auch ein Spiegelbild dieses Teils der neuen sozialen Bewegungen gewesen. Ihr Inhalt ist entsprechend heterogen; ausdrücklicher Beistand des Konzeptes ist es, Gruppen zu Wort kommen zu lassen, die nicht in bürgerliche Medien repräsentiert werden. Die Auseinandersetzung mit publizierten Thesen - auch, wenn sie diese Gesellschaftsform

kri-tisieren - darf und soll nicht mit staatlicher Repression geführt werden. Der Versuch der Bundesanwaltschaft, die Redaktion einer Zeitschrift zu einer kriminellen Vereinigung zu erklären, ist der Versuch, das Recht auf Meinungsfreiheit auszuhöheln. Wir geben diese Dokumentation bereits veröffentlichter und nun verfolgter radikal-Beiträge heraus, um damit eine kritische Auseinandersetzung jenseits von Polizeirazzien und Anklageschriften zu fördern und gleichzeitig zu dokumentieren, wie in diesem Land mittels des Staatsschutzes Politik betrieben wird."

Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören: Antirassistische Initiative e.V. (Berlin), ASIA TUJ (Berlin), Elke Breitenbach (Landesjugendsekretariat der Gewerkschaft IHHV Berlin), Carsten Danneil (Junge Demokraten, Berlin), Judith Demba (MfA, Bündnis 90/Grüne, Berlin), Susanne Dittberner (Berlin), Peter Finger (Ex-MfA, Berlin), Peter Grotian (Prof., FU Berlin), Wolfgang Kempe (Schriftsteller, Berlin), Michael Klöckner, Andreas Köhn (Stellv. Vors. IG Medien Berlin-Brandenburg, Hans Her-mann Kotte (Journalist, Berlin), Elmar Kraushaar (Journalist), Jürgen Kuttner (Kulturschaffender, Berlin), Hans G. Mentzer (Berlin), Markus Mohr (Autor, Berlin), Mathias Mrowka (Veranstaltungsbüro Haus der Demokratie, Berlin), Wolf-Dieter Narr (Prof., FU Berlin), Gerd Nowakowski (Redakteur, die tageszeitung, Berlin), Stephen Pflanz (Berlin), Bruno Preisendorfer (Redakteur, zitty, Berlin), Uwe Rada (Redakteur, die tageszeitung, Berlin), Redaktion Arranca! (Linke Zeitschrift, Berlin), Redaktion Bürgerrechte und Polizei/CI-LIP (Berlin), Redaktion radikale Zeiten (Neumünster), Wolfgang Rüdtenklau (Journalist, Berlin) Gerald Wolf (Diplom-Politologe, Berlin), Bodo Zeuner (Prof., FU Berlin)

Für eine Unterstützung dieser Erklärung wenden Sie sich / wendet Euch bitte an: Antirepressionsbüro Berlin, bei PDSt, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel: 030-6949254, Fax: 030-6949354

TREND UND GEGENTREND

Die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) Berlin verleiht jedes Jahr den Mete-Eksi-Preis an Jugendliche, die sich im Bereich Toleranz und Verständigung zwischen Bevölkerungsgruppen verschiedener Herkunft besonders verdient gemacht haben. Das ist eine gute Tradition und drückt die

antirassistische Grundhaltung dieses Gewerkschaft aus. Wohlgerne, der Mete-Eksi-Preis geht an Jugendliche, also sozusagen an die Objekte der beruflichen Bemühungen eben auch gerade der GEW-Mitglieder. Die Verleihung eines solchen Preises ist nicht selbstverständlich, welche andere Gewerkschaft tut es ihr gleich oder gar besser in unserer heutigen Bundesrepublik? Gut, die GEW tut in diesem Bereich ihre Pflicht oder eben mehr. Dennoch macht es offenbar einen Unterschied, ob Lehrer/ErzieherInnen sich den ihnen Anvertrauten zuwenden oder aber sich untereinander bzw. den Vorgesetzten gegenüber verhalten müssen. Ein Beispiel für diesen Unterschied lieferte kürzlich die GEW Kreuzberg. Die GEW Kreuzberg gab in den letzten 10 Jahren eine eigene Bezirkszeitschrift heraus, den TREND, aus dem wir im RAG 12 zwei Artikel übernommen haben (TREND 1/95). Dies wird zukünftig nicht mehr möglich sein. Den TREND gibt es nicht mehr. Die GEW Kreuzberg hat den Rücktritt der TREND-Redakteure gefordert und dieses auch nach einer längeren Kampagne erreicht. Die Posten sind nicht neu besetzt. Und dies alles infolge einer Auseinandersetzung um den Schulrat in Kreuzberg, Peter Radusch CDU, der sich gegenüber einigen seiner Untergebenen mit rassistischen Äußerungen hervortrat (s. a. RAG 12). Was war nun das „Vergehen der TREND-Macher in diesem Zusammenhang, das ihnen das Aus beschied? Sie druckten die „persönliche Erklärung“ eines ihrer Redakteure ab, die dieser im Personalrat der Lehrer und Erzieher (PRL) als Mitglied dieses Gremiums abgegeben hatte. Er gab mit dieser Erklärung bekannt, nicht länger an den sogenannten Monatsgesprächen teilnehmen zu wollen, solange Herr Radusch im Amt sei bzw. er sich nicht bei seinen Opfern für die diskriminierenden Äußerungen entschuldigt habe. Der Kollege begründete sein Vorgehen mit der besonderen Verantwortung, die er als Nachkriegsdeutscher gegenüber der spezifischen deutschen Geschichte mit ihren rassistischen Exzessen verspüre. Eine Person, die auch nur im Verdacht stünde, rassistischen Regungen nicht gänzlich abhold zu sein, dürfe weder in einem von ImmigrantInnen stark bewohnten Bezirk wie Kreuzberg noch in irgendeinem anderen Bezirk an repräsentativer Stelle staatliche Bildungspolitik vertreten. Nach Abdruck dieser Erklärung mitsamt einer Setzeranmerkung „Lief die GEW Kreuzberg Amok“ (so die taz am 30.6.95): Vertriebsverbot der Ausgabe. Begründet wurde diese Maßnahme mit der Behauptung, die Redakteure hätten

die Herausgeberin, die Bezirksleitung der GEW Kreuzberg, bzw. deren Vorsitzende vorher über den geplanten Abdruck informieren müssen. Wir haben dieses Argument überprüft und sind im Editorial der TREND-Nr.1/94 fündig geworden, in dem das statutenmäßige Selbstverständnis der GEW Kreuzberg und der TREND-Macher abgedruckt war: „Konsens besteht darin, keine gewerkschaftlichen Strömungen auszugrenzen, d.h. auch kontroverse Texte vorzustellen. Der TREND wird weiterhin kein Verlautbarungsorgan sein, die Redaktion unabhängig vom Herausgeber bleiben. Eine enge Zusammenarbeit wird von beiden Seiten angestrebt. Wir glauben institutionell so am besten gewährleisten zu können, eventuelle Kritik an wem immer innerhalb der Organisation vor Nichtbehandlung schützen zu können“. Die TREND-Macher beugten sich dem Auslieferungsverbot bzw. der versuchten Zensur nicht. Für sie stand das Gut der innergewerkschaftlichen Pressefreiheit höher, als der Gehorsam gegenüber einer Bezirksleitung, die offensichtlich nicht mehr wahrhaben wollte, was sie erst ein Jahr vorher akzeptiert hatte. Darüberhinaus war das Erscheinen gerade dieser Nummer sehr wichtig im Rahmen einer Solidaritätskampagne für die Kreuzberger SchülerInnen, die bei einem Schulprojekt in Marzahn in strafrechtliche Schwierigkeiten geraten waren (vgl. RAG 12). Die Redaktion druckte das Impressum mit Aufklebern und gab sich selbst als Herausgeber an, um die Bezirksleitung von der Verantwortung zu entlasten. Die 2.000 bereits gedruckten Exemplare wurden in die Schulen geschickt. Jetzt ging der „Amoklauf“ erst richtig los, die Bezirksleitung forderte nun unter Verletzung des GEW-Statuts: 1. den Rücktritt der Redakteure, 2. die Bezahlung der Druckkosten durch die Redakteure und 3. den Rücktritt der TREND-Macher von ihren jeweiligen Kandidaturen zu den gerade anstehenden Personalratswahlen. Die Bezirksleitung beabsichtigte, diese Forderungen von einer nicht ordnungsgemäßen Mitgliederversammlung absegnen zu lassen, was jedoch nicht gelang. Alles in allem ist dies wohl eine schwere Verletzung innergewerkschaftlicher Demokratie. Vermittlungsgesuche der Redaktion schlugen fehl. Die Frage, wie geht man mit rassistischen Vorgesetzten um, wird in der GEW Kreuzberg nicht mehr diskutiert. Der TREND ist tot und der Kreuzberger Personalrat der Lehrer und Erzieher (zu 100% bestehend aus GEW-Mitgliedern) braucht keine Kritik mehr zu fürchten. Eine Gewerkschaft, die den Mete-Eksi-Preis vergibt, kann doch nicht gleichzeitig mit einem rassistischen

Schulrat zusammenarbeiten und Kritiker einer eventuellen Zusammenarbeit mundtot machen wollen. Weshalb also diese Aufregung? Wir haben uns geirrt. Die GEW kann das, bzw. weil sie das nicht öffentlich zugeben will, wird Peter Radusch flugs zum Nichtrassisten umgedeutet und das geht so: Ein Rassist sei jemand, der ein geschlossenes rassistisches Weltbild im Kopf habe und dieses Weltbild aktiv umsetzen wolle. Das träfe auf Herrn Radusch nicht zu und er sei somit nur jemand, der zwischen durch rassistische Ausrutscher habe. Mehr nicht. Mit dieser Definition eines Rassisten könnten wir die meisten Täter von Mölln bis Solingen, von Hoyerswerda bis Rostock, ja sogar die meisten Täter während des Faschismus nicht mehr als solche bezeichnen. Welcher dieser hirnlösen Schlägertypen hat schon ein „in sich geschlossenes Weltbild“? Wir könnten sie analog dazu auch nicht mehr als Nazis oder Neonazis bezeichnen. Eine bessere Entlastung könnten wir der deutschen Gesellschaft gar nicht geben. Deutschland wäre ab sofort nahezu „rassistenfrei“.

aus: Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen (RAG) 15, Dezember 1995, Berlin, Hrsg. DGB Jugend

aus: trend 2/90

Selbstorganisation oder mit großdeutschem Schwung gegen die "fremden" ?

Kennt ihr eigentlich das neue ausländergesetz? Da heißt es explizit im §76:

„(1) Öffentliche Stellen haben auf Ersuchen den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden ihnen bekannt gewordene Umstände mitzuteilen.
(2) Öffentliche Stellen haben unverzüglich die zuständige Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn sie Kenntnis erlangen von 1. dem Aufenthalt eines Ausländers, der weder eine erforderliche Aufenthaltsgenehmigung noch eine Duldung besitzt, 2. dem Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung oder 3. einem sonstigen Ausweisungsgrund.“ Der/die Jurist:in und Polit:in ein wenig bewanderte Leser:in sieht hier sofort die Eröffnung weitgehender Spitzelmöglichkeiten und die Hoffnungen des Gesetzgebers auf die Zuträger im Staatsdienst, die auch in den Schulen zu Meldungen verpflichtet sind. Ohne den nationalen Wahn wäre dieses Gesetz nicht möglich gewesen. Herr Zimmermann hatte es schon lange in der Schublade.

Unsere Alternativen Demokraten - wie Koll. Jordan - haben schon nach dem

letzten 1. Mai die Opfer zu Tätern gemacht und eine professionelle Bespiegelung verlangt (s. Antwort des BA auf die Anfrage des Bezirksverordneten Dr. Croissant). Seit dieser Zeit läuft die von der Polizei gesuchte Zusammenarbeit auch hervorragend im Bezirk. Als Anknüpfungspunkt für die ausländerfeindlichen Attacken nahm man/frau sich die türkischen Jugend Selbsthilfeorganisationen, die schon durch die Springerpressen mit dem unverschämten Namen „Jugendbanden“ belegt wurden. Aber seit der Wiedervereinigungsdebatte wissen wir ja: Was morgens in der Bild steht, ist mittags schon Tatsache. Ohne die Ausländerfeindlichkeit als Ursache anzugreifen fanden Polizei und Rechte Medien ihre Nachplapperer bei der „fortschrittlichen“ Presse: taz, tip, Blickpunkt... Sie hoben das „Problem der Jugendbanden“ aus der Taufe und halfen so, einen medialen Selbstläufer zu produzieren. Der Niedergeschriebene unsinnig unterschied sich nur quantitativ. Gleich war allen Artikel, daß sie feststellen mußten, daß es sich in erster Linie um türkische Jugendliche handelte und daß ihre „kriminelle Energie“ besonders auffällig war. In den diversen Aufsätzen wurde der Schule die Aufgabe zur Lösung dieses Problems angetragen, wie es erkennbar auch das neue Ausländergesetz tut. Diese Ergebnisse verfehlten ihre Wirkung nicht und brachten auch engagierte KollegInnen auf die falsche Fährte. National engagierte PädagogInnen mochten da nicht länger absichtslos stehen, hatte man doch jetzt endlich die Möglichkeit, gegen die ohnehin ungeliebten ausländischen SchülerInnen vorzugehen, vor allem gegen die, die noch das Maul aufmachten (gell: so ein 36-Boy ist schon was anderes als das türkische Mädchen, das wenigstens ruhig ist und den Helfer ordentlich führt?). Ohne Scham wurde eine Zusammenarbeit mit der Polizei gesucht. Woher die Kollegien die Einsicht nahmen, daß sich die Bullen dann gelutert haben, wenn sie zunächst anders auftreten als Rambo, bleibt deren Geheimnis. Wo man sie auch traf, verschloß sich die Polizei der Päd. Diskussion und verwies auf die gesetzlichen Aufgaben der „Verfolgung von Straftaten“. Jede Gesellschaft hat eben das Recht, ihre „Kriminellen“ selbst zu produzieren. Auf Sitzungen der Freizeiteinrichtungen oder Studentagen konnte sogar die Leiterin des Abschnittes 5 (angekündigt als „Mitarbeiterin“) den Hergang der Diskussion kontrollieren und sich als nette Person einbringen. Aus den Strategiepapieren der SPD nach dem 1. Mai geht hervor, daß es der Polizei nur und ausschließlich darum geht, „verlorengegangenes“ Vertrauen zurückzuge-

winnen, also auch wieder ein Bein in die Schultür setzen zu können. Durch ihre Auftritte gegenüber SchülerInnen und Jugendlichen hatte die Polizei zurecht ihre Akzeptanz eingebüßt. Durch die kollektive Rechtsentwicklung der Lehrerschaft im neuen Großdeutschen wahn, bekommt sie sie wieder, denn wenn man/frau national tätig wird, dann stören die „alten“ Probleme mit den türkischen Kids. Dann wird das einfach zuviel. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die türkischen Selbsthilfeorganisationen so sind, wie wir uns „proletarische Selbsthilfe“ wünschen. Sie sind es noch lange nicht!! Was aber nicht wegzudiskutieren, auch nicht wegzuschließen (zum Beispiel in die Kieferngrund) oder rauszuprügeln ist, ist der Umstand, daß diese Form der Organisation jugendlicher Antwort auf unsere Jugendmaßnahmen der Ausgrenzung sind. Erst war unser pädagogisches Handeln, bzw. allseitiges Versagen emanzipativer Schul- und Jugendpolitik, dann haben sie selbst was gemacht. Die Verlogenheit der Polizei, gegen das kriminelle „Bandenunwesen“ vorgehen zu wollen, zeigt sich in der Auflösung der Skinhead Ag bei der Polizei; stattdessen wird die „Jugendbanden Ag“ eingerichtet. Die Skins sind nach wie vor aktiv, auch wenn sie sich in bestimmte Stadtgebiete wegen des organisierten Widerstandes nicht trauen. Es braucht keinen Propheten um vorauszusagen, daß das faschistische Potential aus der DDR, das ja schon mindestens einen Mord in WB (an einem Pakistaner) verübt hat, auch den „Westfaschisten“ wieder auftrieb gibt. (s. 20.4. in der DDR). Die Kollegien sollten schnellstens von dieser ausländerfeindlichen Einheitsfront gegen die türkischen Jugendlichen mit der Polizei abrücken, deren Nähe zu den Reps nicht erfunden und in vielen Dokumenten belegt ist. Der Weg sollte zur Organisation eines gemeinsamen antifaschistischen Widerstandes führen. Er tut not, auch wenn manche lieber für die Einheit tätig wären. Der großdeutsche Schwung ist natürlich gegen „das fremde“ gerichtet. Aber es war schon im Faschismus so: Eigentlich zwingt uns keiner, wir wählen nur den bequemsten Weg. Selbst denken?? Man/frau sollte es einmal versuchen!